

II-281 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

9.3.1964

X. Gesetzgebungsperiode

85/A.B.

zu 92/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. K r e i s k y
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. T u l l und Genossen,
betreffend Entschädigung für österreichische Staatsbürger.

-.-.-.-

Die Abgeordneten Dr. Tull, Kratky, Emhart und Genossen haben am
4. d.M. unter Nr. 92/J an mich die Anfrage gerichtet, welche Chancen der-
zeit bestehen, dass auch Geschädigte mit österreichischer Staatsbürgers-
chaft oder deutscher Volkszugehörigkeit mit Wohnsitz in Österreich in
den Genuss der Leistungen nach dem im Deutschen Bundestag in Behandlung
stehenden "Gesetz zur Abgeltung von Reparations-, Restitutions-, Zer-
störungs- und Rückerstattungsschäden" gelangen.

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Wie ich schon in Beantwortung der Intervention des Abgeordneten
Dr. Tull in der Sitzung des Nationalrates am 10. Dezember 1963 ausge-
führt habe, verfolge ich die Frage der Einbeziehung der in Österreich
lebenden Heimatvertriebenen in das oberwähnte Gesetz mit grösster Auf-
merksamkeit. Ich habe daher auch bei meinem inoffiziellen Besuch in
Bonn am 3. Dezember v.J. die Gelegenheit wahrgenommen, mit Bundeskanzler
Prof. Erhart und Aussenminister Dr. Schröder das Problem sehr eingehend
zu besprechen und insbesondere auch auf die grosse Beunruhigung hinzu-
weisen, die der Gesetzentwurf bei den Vertriebenen-Verbänden in Öster-
reich hervorgerufen hat. Ich habe betont, dass ein Ausschluss des er-
wähnten Personenkreises aus der bevorstehenden Schlussregelung eine sehr
schwere Benachteiligung für die Betroffenen darstellen würde, deren
Interessen bekanntlich in unseren bisherigen Vermögensverhandlungen mit
den ursprünglichen Heimatstaaten der Vertriebenen deshalb nicht mit Erfolg
vertreten werden konnten, weil diese Staaten eine Entschädigung für ihre
ehemaligen Staatsangehörigen strikt verweigern.

Am 12. Dezember v.J. haben 115 Abgeordnete der Regierungsparteien
im Deutschen Bundestag einen Initiativantrag für ein Reparationsschäden-
gesetz eingebracht, der keinen Ausschluss der Österreicher und in Öster-
reich lebenden Vertriebenen vorsieht und der zusammen mit der Regierungs-
vorlage behandelt werden soll.

85/A.B.
zu 92/J

- 2 -

Ausserdem wurde der österreichische Botschafter in Bonn, der bei meinen Gesprächen mit dem deutschen Bundeskanzler und Aussenminister anwesend war, nochmals ausdrücklich angewiesen, das starke Interesse der Bundesregierung an einer für die österreichischen Geschädigten nicht-diskriminierenden Regelung der in Rede stehenden Schäden zum Ausdruck zu bringen.

Was die Chancen einer Abänderung der die österreichischen Geschädigten ausschliessenden Bestimmungen der deutschen Regierungsvorlage betrifft, so scheint mir der vorerwähnte Initiativantrag der 115 Abgeordneten der deutschen Regierungsparteien eine gewisse Hoffnung zuzulassen. Auf alle Fälle dürfte wegen der von verschiedenen Seiten gegen die diesbezüglichen Bestimmungen der Regierungsvorlage vorgebrachten Bedenken deren Verabschiedung noch nicht in unmittelbare Nähe gerückt sein.

-.-.-.-